



KW 43 Daumenschrauben

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt, und muss die unabhängige und verlässliche Quelle für Nachrichten aller Art bleiben. Unabhängig bedeutet nicht, dass er nicht kontrolliert werden darf. Und dafür ist ausgerechnet die Politik zuständig, die der ÖRR eigentlich kontrollieren soll. Ein unauflösbarer Gewissenskonflikt. Es ist schon oft vorgekommen, dass die politisch besetzten und oft auch dominierten Rundfunkräte unliebsame Journalisten in die Wüste geschickt haben. Wie dieses Kernproblem aufgelöst werden kann, weiß kein Mensch.

Daran, dass jetzt die Länderchefs, in deren Zuständigkeit der ÖRR gehört, parteiübergreifend, die Daumenschrauben angelegt haben, sind die Anstalten selbst schuld. Jahrelang waren sie einfach reformunwillig und haben ihre Sender leider auch als Selbstbedienungsläden verstanden. Wie viel Intendanten und Direktoren verdienen dürfen, wird immer wieder heiß diskutiert. Zwischen 300 und 400 Tausend Euro belaufen sich die Jahresgehälter der Intendanten. Das ist viel Geld, worüber die Chefs der großen Privatsender allerdings nur lachen können, denn bei ihnen geht es um Millionen. Schaut man sich das Programm an, kann man nicht erkennen, dass sich die Millionenzahlungen an die privaten Senderchefs auf die Qualität des Programms auswirken. Für viel weniger Geld kriegen die Intendanten des ÖRR ein besseres Programm zustande.

Die Diskussion, welche Radiosender eingestellt oder welche TV-Programme zusammengelegt werden sollen, geht in die falsche Richtung. Wir haben nicht zu viele öffentlich-rechtliche Programme, sondern zu viele Sendeanstalten mit einem zu großen Wasserkopf, oder wie man früher sagen durfte, zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer. Warum man sich an diese Struktur nicht rantraut, verstehe wer will. Schließlich kann es nicht um das föderale System gehen, denn beispielsweise im NDR sind vier Bundesländer vertreten, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Warum ist das in anderen Regionen nicht auch möglich? Warum wird Radio Bremen nicht beim NDR eingegliedert, von wo es doch schon die meisten Sendungen übernimmt?

Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** hat sich zu den Reformvorhaben der Ministerpräsidenten

geäußert: „Ich begrüße, dass wir in Deutschland endlich zu einer Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kommen. Viel zu lange ist nichts geschehen. Die intensive Arbeit in der Rundfunkkommission hat sich gelohnt – für die Menschen in Deutschland. Nun müssen ARD, ZDF und Deutschlandradio sich digitaler, schlanker und moderner aufstellen.“ Anmerkungen: Tja, digitaler, schlanker und moderner, wenn das doch bloß auch für die Berliner Verwaltung zuträfe. Darf man von anderen etwas fordern, was man selbst nicht hinbekommt?

„Unser Ziel ist es, dass die Rundfunkanstalten mit ihren Programmen die Menschen zielgerichteter erreichen, aber auch Strukturen verschlanken und die Kosten deutlich senken. In Berlin haben wir gemeinsam mit Brandenburg mit dem vor kurzem ratifizierten RBB-Staatsvertrag schon gezeigt, wie es gehen kann – auch mit klaren Entscheidungen zu Strukturveränderungen, Gremienaufstellung, Gehalts-Deckeln für die Intendanz und strikten Compliance-Regelungen. Ich hoffe nun, dass wir bei der MPK im Dezember auch zu einem neuen Finanzierungsmodell eine kluge Lösung finden werden.“ Schauen wir mal.

Die Berliner Grünen fordern: „ÖRR-Reform muss Medienfreiheit und Anschlussfähigkeit gewährleisten.“ **Gollaleh Ahmadi**, medienpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion erklärt: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Es ist unbestreitbar, dass eine Reform des Staatsvertrags für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für ein modernes und zeitgemäßes Medienangebot notwendig ist. Der Medienkonsum hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert. Er ist schnelllebig, interaktiver und digitaler geworden. Darauf muss auch der Öffentlich-Rechtliche reagieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben, aber auch, um als verlässliche Quelle, Desinformation entgegenzuwirken.“

Ebenso sehe ich die Vorstöße zur Begrenzung der Kosten bei Sportrechten und den Gehältern für Führungskräfte als richtigen Schritt an. Die Empfehlungen der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten zur Beitragsanpassung) müssen umgesetzt und die finanziellen Mittel der Öffentlich-Rechtlichen verantwortungsvoll eingesetzt werden.

Ich lehne jedoch entschieden die geplanten Einschränkungen des Telemedien- und Onlineangebots sowie die empfohlene Zusammenlegung europäischer Medienkooperationen, wie bei ARTE und der



3Sat, ab. In einer Zeit, in der sich viele Menschen, insbesondere junge, überwiegend online und über Soziale Medien informieren, wäre eine Beschränkung der Öffentlich-Rechtlichen auf diese Kanäle widersinnig und würde den Anschluss an eine breite Zielgruppe gefährden.

Es braucht zudem eine klare Vision, wie wir die Staatsverträge vor Demokratiefeinden und Feinden des Öffentlich-Rechtlichen schützen können. Medienfreiheit und demokratische Werte müssen unantastbar sein."

Diese Pressemitteilung der Grünen hätte von mir geschrieben sein können.

Wer einen guten öffentlich-rechtlichen Rundfunk will, muss aber auch ein paar Kröten schlucken können, weil einem nun mal nicht jedes Programm gefallen kann. **Maybrit Illner** feierte am Donnerstag ihre 1.000ste Talk-Show. Der Redaktion fiel nichts Besseres ein, als zu diesem Jubiläum **Olaf Scholz** einzuladen.

„Dass der Kanzler selbst nur ‚Seitenkommentare‘ abgibt, wie er das Stimmengewirr der Regierungskoalition nennt, wurde bei **Maybrit Illner** deutlich. **Olaf Scholz** hatte als alleiniger Gast gleichsam die Zentralperspektive der Regierung zu vertreten und so im ZDF-Studio seine Kanzlerrolle auszufüllen. Aber diese Zentralperspektive blieb merkwürdig leer, stattdessen waren vom Kanzler nur Seitenblicke zu erhaschen auf ein von ihm losgelöstes Geschehen namens Regierungsarbeit.“ Besser als in diesem Artikel von **Christian Geyer-Hindemith** in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** kann man dieses besondere Fernseherlebnis nicht beschreiben. Es lohnt sich, den ganzen Artikel zu lesen:

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik-maybrit-illner-was-olaf-scholz-am-meisten-fuerchtet-110068850.html>

Es war immer meine Ansicht, dass ein Regierungsauftrag bis zum Schluss ausgeführt werden muss. Von Tag zu Tag schwindet diese Meinung. Inzwischen bin ich fast so weit zu sagen, selbst Neuwahlen im März, also ein halbes Jahr früher als geplant, würde uns nervlich über den Sommer helfen. Was ist das für eine Gurkentruppe, wo der Wirtschaftsminister in einem unabgestimmten Alleingang ein Förderprogramm vorschlägt? Das es durchaus sinnvolle Effekte schaffen kann, ist unbestritten. Jedoch befindet es sich bereits in der Ampel-Tonne, weil der Finanzminister ganz andere Vorstellungen hat. Nicht nur Habeck spielt den Alleinunterhalter, auch Lindner:

„Kurz bevor der Bundeskanzler am Dienstag Industriegrößen und Gewerkschaftschefs empfängt, wollen Finanzminister Lindner und FDP-Fraktionsvorsitzender Dürr auch mit Wirtschaftsvertretern sprechen. Und zwar mit denen, die Olaf Scholz nicht eingeladen hat.“ Das ist doch unglaublich, was in dieser Ampel passiert. Keine Musketiere, „einer für alle, alle für einen“, sondern jeder für sich allein.

Als wenn das nicht schon schlimm genug wäre, machen „die beiden FDP-Politiker keinen Hehl daraus, dass sie den Ansatz des Regierungschefs für unzureichend halten und schreiben: ‚Aus unserer Sicht ist dazu das Gespräch mit der deutschen Wirtschaft insgesamt und nicht nur mit Vertretern einzelner industrieller Branchen nötig.‘“ Kräftiger kann man dem Bundeskanzler nicht in den Hintern treten, oder?

Zitate: FAZ

Nein, Leute, es ist zu Ende. Es hat keinen Sinn mehr.

Ihr kriegt es nicht hin. Tragisch nur, dass es die anderen vermutlich auch nicht hinkriegen werden. Wenn es vorgezogene Neuwahlen gäbe, bliebe am Ende nur eine Koalition aus CDU/CSU und SPD mit 47 Prozent übrig. Die Grünen unterliegen dem bayerischen Beteiligungsverbot und die FDP wird für längere Zeit pausieren dürfen.

Die **Berliner Morgenpost** hat **Civey** fragen lassen, wer Kanzler werden soll: Zwölf Prozent sind für **Olaf Scholz**, 40 Prozent für **Friedrich Merz** und 48 Prozent wollen keinen von beiden.

Gestern hat die **SPD** in Sachsen die Sondierungsgespräche mit dem **BSW** unterbrochen. Der Grund: Die Wagenknecht-Partei soll mit der **AfD** für einen Corona-Untersuchungsausschuss gestimmt haben. Der **CDU**-Abgeordnete **Roderich Kiesewetter** hat schon im September seine Parteikollegen in Thüringen und Sachsen vor Koalitionen mit dem BSW gewarnt. Wagenknechts Partei wolle die Union und die SPD aushöhlen. ZDF

Wer warnt **Dietmar Woidke**?

Ratlos wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende und einen guten Start in die 44ste KW.

Ed Koch